



## Menschenrechtsverein für Migranten e.V.

Krantzstr. 8  
52070 Aachen

Postanschrift:  
Postfach 10 22 40  
52022 Aachen

Telefon / Fax:  
0241-5153504

Internet:  
[www.menschenrechtsverein.org](http://www.menschenrechtsverein.org)

E-Mail:  
[info@menschenrechtsverein.org](mailto:info@menschenrechtsverein.org)

Spendenkonto:  
IBAN: DE07391629801631059011  
BIC: GENODED1WUR  
VR-Bank eG

### Dringender Spendenaufruf

### Hilfe für Opfer von Menschenrechtsverletzungen im Iran

### Menschenrechtsverteidiger schützen! Gefangene freilassen!

### Gewalt gegen Demonstranten und Massenverhaftungen stoppen!

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

seit Ende 2017 protestieren im Iran immer mehr Menschen mit großem Mut gegen die islamistische Diktatur. Mit friedlichen Protestkundgebungen fordern sie soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenrechte.

Das Teheraner Regime reagiert mit Gewalt und Unterdrückung auf die Bürgerproteste. In den letzten Monaten wurden zahlreiche Demonstranten von Regimetruppen erschossen oder zu Tode geprügelt. Hunderte Menschen wurden verletzt. Mit willkürlichen Massenverhaftungen im ganzen Land versucht das Regime, weitere Proteste zu verhindern. Berichte sprechen von tausenden Verhaftungen seit Ende 2017. Mehrere Demonstranten starben nach Folterungen in der Haft.

Gleichzeitig verschärft das Regime die Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern, verschlimmert die Haftbedingungen der politischen Gefangenen und droht mit Hinrichtungen. Durch Internet-Sperrungen und andere Zensurmaßnahmen sollen sowohl die zunehmenden Proteste als auch die brutale Unterdrückung verschleiert werden.

### Internationale Kampagne: Menschen in Gefahr retten!

Im Iran werden Menschen verhaftet, gefoltert und getötet, weil sie mit friedlichen Protesten Freiheit und Menschenrechte einfordern. Die Opfer von Gewalt und Unterdrückung brauchen unsere Hilfe. Wir setzen uns mit einer großen internationalen Hilfskampagne dafür ein, dass alle verhafteten Demonstranten, Regimekritiker und Menschenrechtsverteidiger im Iran sofort freigelassen werden.

Öffentlicher Druck ist das wirksamste Mittel, um Menschen in Gefahr zu retten. Nur massiver internationaler Druck auf das Teheraner Regime kann bewirken, dass die Gewalt gegen Demonstranten und Gefangene aufhört.

Durch internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung können wir Freilassungen erreichen, drohende Hinrichtungen verhindern und das Leben von Gefangenen retten.

### Für unsere Menschenrechtsarbeit bitten wir dringend um Spenden.

### Bitte unterstützen Sie unsere Hilfsaktion LEBEN RETTEN.

### Jeder Betrag ist wichtig! Ihre Spende rettet Leben.

Mit herzlichem Dank und besten Grüßen

*Pari Rahmani*

Ihre Pari Rahmani

im Mai 2018

### Menschenrechte im Iran verteidigen!



Solidarität mit den Bürgerprotesten im Iran: In Berlin und anderen Städten appellieren Menschenrechtler und Exiliraner an die internationale Gemeinschaft, sich für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen im Iran einzusetzen.



### Bitte helfen Sie mit!

P.S.: Spenden sind steuerlich absetzbar. Ihre Spendenbescheinigung wird Ihnen automatisch zugeschickt.

# Iran: Anhaltende Bürgerproteste gegen die Diktatur

## Landesweite Demonstrationen für Freiheit, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit

Seit Ende Dezember 2017 demonstrieren in Iran Bürgerinnen und Bürger mit großem Mut gegen die islamistische Diktatur. Mit friedlichen und legitimen Protestkundgebungen fordern die Demonstranten soziale Gerechtigkeit, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, die Trennung von Staat und Religion, die Gleichberechtigung der Frauen und das Ende der Einmischungen des Teheraner Regimes in Syrien und anderen Ländern. In über 100 iranischen Städten haben zehntausende Menschen mit Protesten gezeigt, dass sie nicht mehr bereit sind, das Unrecht schweigend hinzunehmen.



Teheran im Mai 2018

Trotz des gewaltsamen Vorgehens der Regime-Truppen dauern die Straßendemonstrationen und Streiks in verschiedenen Städten an. Im Internet zeigen Journalisten täglich Videos von neuen Protestkundgebungen, wo die Menschen ihren Unmut gegen die Politik des Regimes und die Unterdrückung zum Ausdruck bringen.



Kazerun (Südiran) im April 2018

Die Demonstranten fordern mutig ihre Rechte ein, obwohl ihnen schwere Repressalien drohen. Im Iran sind alle regimekritischen Versammlungen grundsätzlich verboten. Das Regime behauptet, die Bürgerproteste seien „vom Ausland organisierte Verschwörungen“, und droht den Protestteilnehmern wegen sog. „staatsfeindlicher Aktivitäten“ mit schweren Strafen. Regime-Funktionäre hetzen gegen die Demonstranten und fordern ihre Hinrichtung.

## Regimegewalt gegen friedliche Bürgerproteste: Tote, Verletzte, Massenverhaftungen

Das Teheraner Regime reagiert mit Gewalt und Unterdrückung auf die Bürgerdemonstrationen. Im ganzen Land wurden Milizen und militärische Truppen mobilisiert, um die Proteste niederzuschlagen. Gleichzeitig wurden Internet-Sperrungen und andere Zensurmaßnahmen verschärft, damit Berichte über die Proteste nicht an die Öffentlichkeit kommen.



Universität Teheran: Regimetruppen gegen protestierende Studenten

Die Regime-Milizen und Revolutionsgarden setzen auch Schusswaffen ein und schießen wahllos in die Ansammlungen von friedlichen Demonstranten. Nach Angaben von Menschenrechtsverteidigern wurden in den letzten Monaten über 50 Demonstranten von Regimetruppen erschossen oder zu Tode geprügelt. Hunderte Menschen wurden verletzt.



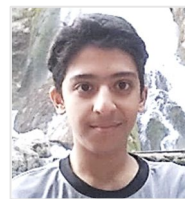
Mashhad (Nordost-Iran): Verhaftung von Demonstranten

Im ganzen Iran dauern willkürliche Massenverhaftungen an. Berichte sprechen von mehreren Tausend Verhaftungen seit Ende Dezember 2017. Die Festgenommenen, darunter viele Studenten und Menschenrechtsaktivisten, werden in Foltergefängnisse gesperrt, wo sie keinen Zugang zu Rechtsanwälten oder Familienangehörigen haben. Zunehmend wird über Demonstranten berichtet, die in der Haft durch Folter getötet wurden.



Isfahan (Zentraliran) im April 2018: Regimegardisten gegen friedliche Demonstranten

Auch Jugendliche sind unter den getöteten Demonstranten. Der 13jährige Schüler Armin Sadeghi wurde im Januar 2018 von Regime-Milizen erschossen.



## Weltgemeinschaft verurteilt Unterdrückung im Iran

Das gewaltsame Vorgehen des Teheraner Regimes gegen Demonstranten und Gefangene wurde weltweit verurteilt, darunter auch von der EU und der UNO.

## Bundesregierung fordert Achtung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit

Die deutsche Bundesregierung erklärte am 03.01.2018, sie beobachte die eskalierende Gewalt im Iran mit Sorge, insbesondere die Berichte über Todesopfer und zahlreiche Verhaftungen. „Wir rufen die Regierung in Teheran dazu auf, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit zu achten“, sagte die stellvertretende Regierungssprecherin Demmer. Aus Sicht der Bundesregierung sei es legitim und verdiene Respekt, wenn Menschen ihre wirtschaftlichen und politischen Anliegen couragiert in die Öffentlichkeit tragen, so Demmer. Dies geschehe derzeit im Iran.

## UNO-Menschenrechtskommissar erschüttert über die Tötung von Demonstranten

Der Hohe Menschenrechtskommissar der UNO, Zeid Ra'ad Al Hussein, forderte die iranische Führung am 03.01.2018 auf, die Gewalteskalation nicht weiter voranzutreiben und alle Fälle von getöteten und verletzten Demonstranten zu untersuchen. Er sei erschüttert über Berichte, nach denen mehr als 20 Menschen, darunter ein 11-jähriger Junge, getötet und hunderte Demonstranten festgenommen wurden. Die Rechte aller Demonstranten und Verhafteten, darunter ihr Recht auf Leben, müssten geachtet werden.



Der UNO-Menschenrechtskommissar betonte, dass die Bürger, die im Iran auf die Straße gehen, um ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen, das Recht hätten, gehört zu werden. Ihre Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit müssten voll und ganz geachtet werden. Zeid Ra'ad Al Hussein forderte außerdem die Freilassung aller Personen, die allein wegen ihrer Beteiligung an friedlichen Protesten festgenommen wurden. Friedliche Proteste dürften nicht kriminalisiert werden. Sie seien ein legitimer Bestandteil der Demokratie.

# Mutiger Einsatz für Menschenrechte und grausame Repression

## Massenverhaftungen und Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern im Iran

Das Teheraner Regime versucht mit Massenverhaftungen, weitere Bürgerproteste zu verhindern. Unter den Festgenommenen sind zahlreiche Studenten, Menschenrechtsaktivisten und Bürgerjournalisten, die im Internet über die Proteste berichtet haben.

Bei vielen Verhafteten ist auch Wochen nach ihrer Festnahme weiter unklar, wo sie gefangen gehalten werden. Familienangehörige werden bedroht und eingeschüchert und erhalten keine Informationen.

Die Verhafteten werden in Foltergefängnissen ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten. Dort sind schwere Misshandlungen an der Tagesordnung. Seit Anfang 2018 wurde über mehrere Demonstranten berichtet, die in der Haft durch Folter getötet wurden.

Gegen zahlreiche Demonstranten und Menschenrechtsverteidiger wurde Anklage wegen angeblicher „staatsfeindlicher Aktivitäten“ erhoben. Mehrere der Angeklagten wurden bereits von Revolutionsgerichten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Als Reaktion auf die zunehmenden Bürgerproteste verschärft das Regime die Verfolgung von bekannten Menschenrechtsverteidigern und verschlimmert die ohnehin grausamen Haftbedingungen der politischen Gefangenen.

## Repressalien gegen menschenrechtlich engagierten Rechtsanwalt



Dem Rechtsanwalt Mohammad Najafi droht wegen seiner Menschenrechtsarbeit eine mehrjährige Haftstrafe. Er ist der Rechtsbeistand von Familien von getöteten Demonstranten

und setzt sich für die Aufklärung der Todesfälle in iranischen Gefängnissen ein.

Der Anwalt wurde am 15. Januar 2018 festgenommen und über drei Monate lang im Gefängnis der zentraliranischen Stadt Arak festgehalten. Er wurde wegen angeblicher „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ und „Propaganda gegen den Staat“ angeklagt und wird nun vor ein Revolutionsgericht gestellt.

Der Grund: Mohammad Najafi hat den fragwürdigen Tod eines Demonstranten untersucht und die Behauptung der Regime-Justiz in Frage gestellt, der Festgenommene habe sich in der Haft selbst das Leben genommen.

Der betreffende Demonstrant, der 22-jährige Vahid Heydari, starb Anfang Januar 2018 in einer Polizeistation der Stadt Arak, nachdem er am 31. Dezember bei Protesten festgenommen worden war. Familienangehörige berichteten, dass sie bei dem Toten schwere Schädelverletzungen gesehen hätten, bevor er begraben wurde. Der Familie wurde unter Drohungen verboten, mit Medien zu sprechen. Eine Autopsie wurde nicht zugelassen.

## Menschenrechtsverteidiger im Gefängnis gefoltert

Shima Babaei und ihr Ehemann Dariush Zand sind Menschenrechtsverteidiger, die sich im Iran für die Rechte von Frauen und Kindern sowie gegen den Schleierzwang einsetzen.



Dariush Zand wurde vom 25. Dezember 2017 bis zum 6. Januar 2018 im Teheraner Evin-Gefängnis festgehalten, weil er an Bürgerprotesten gegen die politische Unterdrückung teilgenommen hatte.

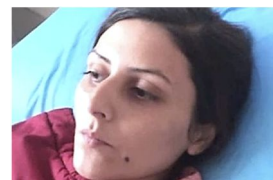
In dieser Zeit folterten Revolutionsgardisten Dariush Zand mehrere Male mit Tritten, Faustschlägen und Schlägen mit Kabeln und Schläuchen. Laut Angaben seiner Familie wies sein Körper Hämatome auf und er hatte eingeschlagene Zähne. Er litt zudem an ständigen Kopfschmerzen und Schwindel und musste ärztlich behandelt werden.

Am 1. Februar 2018 wurde Dariush Zand zusammen mit seiner Frau Shima Babaei erneut verhaftet. Vier Wochen lang wurden beide im Evin-Gefängnis festgehalten und verhört, ohne Zugang zu ihren Familien oder Rechtsanwälten zu erhalten.

Anfang März wurden sie nach Hinterlegung einer Kautions vorläufig freigelassen. Shima Babaei und Dariush Zand müssen sich nun wegen ihrer friedlichen Menschenrechtsarbeit vor einem Revolutionsgericht verantworten. Ihnen droht die Verurteilung zu langen Gefängnisstrafen. Shima Babaei war schon 2017 wegen ihres Einsatzes für Frauenrechte mehrmals verhört und mit Gefängnis bedroht worden.

## Gefangene in Lebensgefahr

Die Menschenrechtsverteidigerin Golrokh Ebrahimi Iraee, die seit Oktober 2016 in Teheran in Haft ist, befindet sich in Lebensgefahr. Die 37-jährige Autorin setzt sich gegen die Todesstrafe, die grausame Praxis der Steinigungen und für Frauen- und Kinderrechte ein. Allein deshalb wurde sie zu sechs Jahren Haft verurteilt.



Im Februar und März 2018 protestierte Golrokh Ebrahimi Iraee mit einem mehrwöchigen Hungerstreik gegen die unmenschlichen Haftbedingungen, denen sie und andere Gefangene im Iran ausgesetzt sind. Anfang April fiel sie in Bewusstlosigkeit und wurde unter Bewachung in ein Teheraner Krankenhaus gebracht. Sie hat über 20 Kilo an Gewicht verloren und befindet sich in einem lebensbedrohlichen Gesundheitszustand. Trotzdem wurde sie ins Gefängnis zurückgebracht, bevor die Behandlung abgeschlossen war.

## Verfolgung und Bestrafung von regimekritischen Studenten

Anfang März 2018 wurde Leila Hosseinzadeh, die sich in der Studentenbewegung gegen die Meinungskontrolle an den Universitäten einsetzt, zu sechs Jahren Haft



verurteilt. Die Studentin der Anthropologie war im Januar nach Studenten-Protesten auf dem Campus der Universität Teheran festgenommen worden.

Im ganzen Iran werden zurzeit Studentinnen und Studenten wegen ihrer Teilnahme an friedlichen Bürgerprotesten im Januar 2018 angeklagt und vor Gericht gestellt. Die Regime-Justiz wirft ihnen „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ vor und hat bereits schwere Strafen angekündigt.



Studentenproteste auf dem Campus der Universität Teheran

# Frauenwiderstand gegen Unrecht und Unterdrückung

Seitdem im Iran die islamistische Diktatur an der Macht ist, haben sich die Frauen immer wieder gegen das Unrecht und die Unterdrückung aufgelehnt. Ihr Widerstand gegen die Diktatur ist ungebrochen.

Dies zeigt sich auch bei den landesweiten Bürgerprotesten für Freiheit und soziale Gerechtigkeit, die seit Januar 2018 anhalten. An allen Protesten wirken Frauen mit, während sie sich gleichzeitig gegen die frauenfeindlichen Gesetze des Regimes und für Gleichberechtigung einsetzen. Im ganzen Iran wurden hunderte Frauen wegen ihrer Beteiligung an den Protesten in Gefängnisse gesperrt.



Eine Studentin der Teheraner Universität protestiert gegen die Unterdrückung.

## Proteste am Weltfrauentag 2018: Frauen in Teheran festgenommen

Am 8. März wurden in Teheran mindestens 50 Frauen festgenommen, als sie am Weltfrauentag vor dem Arbeitsministerium friedlich für Frauenrechte und Gleichberechtigung protestierten. Regime-Polizisten gingen mit Schlagstöcken gegen die Frauen vor und verletzten mehrere von ihnen. 14 der Frauen wurden in das Gharchak-Frauengefängnis gesperrt, das für unmenschliche Haftbedingungen berüchtigt ist. Ihnen drohen schwere Strafen wegen angeblicher „Gefährdung der nationalen Sicherheit“.



## Verfolgungskampagne gegen Frauenrechtlerinnen Mutiger Protest gegen den Schleierzwang

Im Iran nehmen die Proteste von Frauen gegen den Schleierzwang zu. Seit Anfang 2018 zeigen immer mehr Frauen ihre Auflehnung öffentlich, indem sie ihr Kopftuch abnehmen und als Protestfahne schwenken. Auch Männer solidarisieren sich mit diesen Protesten.

Wenn Frauen im Iran ihre Haare in der Öffentlichkeit nicht bedecken, riskieren sie hohe Strafen. Die islamistischen Gesetze des Regimes schreiben vor, dass alle Frauen und Mädchen ab neun Jahren in der Öffentlichkeit ein Kopftuch sowie lange, weite Kleidung tragen müssen, um Haare und Körperkonturen zu verbergen.

Das Regime hat eine Verfolgungskampagne gegen Frauen gestartet, die gegen den Schleierzwang und für Frauenrechte protestieren. Allein in Teheran wurden Ende Januar mehr als 30 protestierende Frauen verhaftet. Sie wurden zum Teil wochenlang in Gefängnissen eingesperrt.

Mehrere Frauen wurden allein wegen ihrer friedlichen Proteste angeklagt und vor Gericht gestellt. Die Regime-Justiz wirft ihnen „unsittliches Verhalten in der Öffentlichkeit, Störung der öffentlichen Ordnung und Ermütigung zu Unsittlichkeit und Prostitution“ vor. Einige der angeklagten Frauen wurden bereits zu Haftstrafen verurteilt. Damit will das Regime Exempel statuieren, um weitere Proteste für Frauenrechte zu verhindern.



Anfang März wurde die Soziologin Narges Hosseini (im Bild vor ihrer Verhaftung) wegen ihres Protests gegen den Schleierzwang in Teheran zu zwei Jahren Haft verurteilt. Sie war Ende Januar auf der Straße festgenommen und im Februar vor Gericht gestellt worden. Die Regime-Justiz warf ihr vor, durch die Entblößung ihres Haars „sittliche Verdorbenheit“ gefördert zu haben. Narges Hosseini weigerte sich, ihren Protest zu bereuen.



Das Regime im Iran geht mit äußerster Gewalt gegen die Frauen vor, die sich gegen die Diktatur auflehnen. Initiativen, die sich für Frauenrechte einsetzen, werden kriminalisiert, Frauenrechtsaktivistinnen werden verhaftet.

Die IT-Studentin Maryam Shariatmadari (Bild unten) wurde Ende März von einem Teheraner Gericht zu einem Jahr Haftstrafe verurteilt. Sie hatte sich Ende Februar in der Teheraner Innenstadt auf einen Verteilerkasten gestellt und ihr Kopftuch als Zeichen des Protests gegen den Schleierzwang emporgehalten.



Wie eine im Internet verbreitete Videoaufnahme zeigt, stieß ein Polizist sie rücksichtslos zu Boden, um den Protest zu beenden. Maryam Shariatmadari wurde bei dem Sturz verletzt. Ohne ausreichende medizinische Behandlung wurde sie inhaftiert. Das Vorgehen der Regime-Polizei sorgte in sozialen Internet-Medien für Empörung.

Der Schleierzwang verstößt gegen mehrere grundlegende Menschenrechte. Er diskriminiert Frauen und Mädchen und verletzt die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie auf Privatsphäre von Frauen und Mädchen.

Die gewaltsame Durchsetzung des Schleierzwangs, wie sie unter dem Teheraner Regime praktiziert wird, stellt eine Form von grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung oder Strafe dar, die nach dem Völkerrecht grundsätzlich verboten ist.

## Menschenrechtsverein für Migranten e.V. [www.menschenrechtsverein.org](http://www.menschenrechtsverein.org)

Krantzstraße 8 52070 Aachen  
Postfach 102240 52022 Aachen  
Telefon / Fax: 0241-5153504

Spendenkonto:

IBAN: DE07391629801631059011

BIC: GENODED1WUR VR-Bank eG

Spenden sind steuerlich absetzbar.

